

## Deutschland.

**Berlin, 1. Januar.** Von den höheren preussischen Lehranstalten stehen die Gymnasien und die Realschulen erster Ordnung unter dem Provinzial-Schul-Kollegium und die Realschulen zweiter Ordnung und die höheren Bürgerschulen unter der Schulabtheilung der Regierungen. Durch eine Allerhöchste Kabinetts-Ordre ist jetzt genehmigt worden, daß in den neuen Provinzen sämtliche höhere Lehranstalten unter dem Provinzial-Schul-Kollegium stehen sollen, doch ist dabei die Uebertragung der Aufsicht über die einzelnen Anstalten an die betreffenden Regierungen vorbehalten. Von diesem Vorbehalt ist indeß zunächst nur in Bezug auf die höhere Bürgerschule zu Wiesbaden Gebrauch gemacht, die der dortigen Regierung untergeben bleibt. — Der Baumeister König, der die Arbeiten am Kiege-Hafen für das eiserne schwimmende Dock bei Starckenhorst, sowie den Dockbau selbst leitet, ist während des Winters, wo die Arbeiten nicht fortgesetzt werden können, ins Marine-Ministerium kommandirt und mit seiner Vertretung der Bau-Inspektor Alsen in Ewinemünde beauftragt. — Die Ausgaben für die General-Konsulate in Bukarest, Chili und den Laplata-Staaten, für die Konsulate in Belgrad, Kanton, Sassy und Tientsin, sowie für das Vice-Konsulat in Galatz sind auf den Etat des norddeutschen Bundes übernommen worden. Hierdurch hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, für den Gesandten in Peking, welcher bisher den für den General-Konsul für China ausgelegten Gehalt bezogen hat, sowie für das demselben beigegebene Beamtenpersonal eine neue Befolgung auf den preussischen Etat zu übernehmen. Durch die Uebernahme der Kosten für obige Konsulate auf den Etat des norddeutschen Bundes hat Preußen eine Ersparnis von 112,300 Thlr., von dem jedoch die Ausgaben für die Gesandtschaft in Peking mit 29,000 Thlr. in Abzug zu bringen sein würden. — Nach einer Uebersicht des Postpäckerei-Verkehrs während der Weihnachtszeit vom 18. bis 24. Dezember d. J. sind an Adressaten in Berlin von auswärts 79,860 Pakete, in gleichem Zeitraum des vorigen Jahres 73,227 eingegangen. Hiervon sind mittelst der Paket-Befreiungswagen den Adressaten 62,009 Pakete, im Vorjahr 55,576 ins Haus gebracht. Von auswärts nach auswärts sind über Berlin expedirt worden 82,752 Pakete, im Vorjahr 75,134; in Berlin sind zur Post 97,620 Pakete, im Vorjahr 90,743 gegeben worden.

**Berlin, 1. Januar.** Se. Maj. der König und die Königin nehmen heute Vormittags 9½ Uhr die Gratulation des königlichen Hofes und darauf der Mitglieder des königlichen Hauses entgegen. Um 10 Uhr findet der Gottesdienst im Dome statt und darauf erscheinen zur Gratulation zunächst die Generalität, dann die hier anwesenden Fürsten, die Minister u. Um 5 Uhr ist im königl. Palais Familientafel.

**Danzig, 31. Dezember.** Seitens des hiesigen Magistrats ist bei Sr. Maj. dem Könige ein Gesuch um Verleihung des Expropriationsrechtes an unsere Stadt für die von ihr zum Bau der Wasserleitung, resp. Abföhrleitung zu erwerbenden Acker- und sonstigen Grund- und Boden-Parzellen eingereicht, das Gesuch auch vom Herrn Minister des Innern, wie man erfährt, befürwortet worden. — Wie die Ausgaben der hiesigen Kommune sind auch diejenigen Elbings in den letzten Jahren in steter Steigerung begriffen gewesen. Nach Ausweis des jetzt von den dortigen Stadtverordneten vollzogenen Etats pro 1869 sind für dieses Jahr nicht weniger als 117,856 Thaler zur Deckung der städtischen Bedürfnisse erforderlich. Da die Stadt, einschließend des ihr ausstehenden Dritttheils an der Mähl- und Schlachtsteuer, nur 75,100 Thlr. an laufenden Einnahmen besitzt, sind zur Deckung jener Bedürfnisse demnach noch 42,756 Thlr. durch Kommunalsteuer, d. i. ca. 1 Thlr. 19 Sgr. auf den Kopf der Civilbevölkerung aufzubringen; hier in Danzig 105,200 Thlr., d. i. ca. 1 Thlr. 9 Sgr. pro Kopf. — Der Herr Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat für das Jahr 1869, laut Reskripts an die königliche Regierung zu Gumbinnen, die Summe von 78,600 Thlr. zur Unterhaltung und Instandsetzung der Staats-Chaussees im dortigen Regierungs-Bezirke, womit dem Bedürfnisse wohl genügt sein dürfte, angewiesen.

**Δ Von der Elbe, Ende Dezember.** Was wir im Laufe des Jahres über die Politik des norddeutschen Bundes und die Koalition der Gegner in einer Reihe von Artikeln auseinander zu setzen bemüht gewesen sind, bestätigt sich am Ende und läßt die stiegere Durchführung einer wahrhaft deutschen Politik voraussehen. Der norddeutsche Bund sucht seine Erweiterung auf friedlichem Wege, die kriegerische Haltung ist nur zur Abwehr gegen ausländische Einmischung vorhanden. Je mehr erstere hervortritt und vom Süden aus begünstigt wird, desto weniger droht letztere Gefahr. So wird der Friede Mitteleuropas gesichert, dessen Störung von gar vielen Fraktionen angestrebt wird, die sich bemühen, das Ansehen Preußens zu schwächen und dann untereinander einen, Deutschland ohnfehlbar zerrüttenden Kampf auszufechten. Wir können sagen,

das Reich der Rüge zeige sich da und dürfen versichern, die Zukunftspolitik müsse und werde eine andere sein. Freilich keine andere, als die vom norddeutschen Bunde angebahnte, vor welcher selbst das Ausland den Hut abziehen sich gezwungen sehen wird. Frankreich muß sich an die friedliche Einigung Deutschlands unter preussischer Führung gewöhnen, sagt Lord Stanley, einer der ersten Staatsmänner Großbritanniens. Ungarn wird niemals das Schwert ziehen, um österreichische Politik zu unterstützen, welche die deutsche Einigung gewaltsam hintertreiben will, so erklärt das Hauptorgan der ungarischen Reichstags-Majorität, „Pesti Naplo“ vor einigen Tagen. Die süddeutschen Truppen werden, wo es dem Auslande gegenüber gilt, mit Preußen gemeinschaftlich zu fechten bereit stehen, versichert Minister von Bismarck in Stuttgart. Der Fortschritt des norddeutschen Bundes ist ein vollständig gesicherter, wenn auch noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind, vollends da der Partikularismus in unserem Vaterlande so tief eingewurzelt ist, und diese Stämme sich entseßlich wundern, daß sie auch Kosten für Deutschlands Einigung und Nachstellung tragen müssen, welche der frühere Bundestag nicht auferlegte, das in seinen Finanzen stets zerrüttete Österreich nicht tragen konnte und Preußen zu alten Zeiten ganz allein für ganz Deutschland übernahm. Die Zeit wird nicht ausbleiben, daß jeder Deutsche es sich zur Ehre rechnen wird, für das Budget des deutschen Vaterlandes zu steuern. Die Verführung der sogenannten Volkspartei wird dagegen nichts vermögen. Zollparlament und Reichstag, norddeutsche Bundesgesandte und deutsche Bundes-Konsuln sind schon da, bald erfolgt ein norddeutsches Bundesministerium der auswärtigen Angelegenheiten, deutsche gemeinsame Reichsgesetze können gar nicht ausbleiben, ein deutsches Bundesheer ist keine Täuschung mehr, die deutsche Bundesflotte wird geschaffen. Da sind keine leeren Worte, keine hochtönenden Redensarten, da ist die offene und bestreitebare Wirklichkeit. Die feindliche Koalition hegt unwissende Bayersleute, urtheilslose Arbeiter auf, wirft rohe Schwärmungen auf ehrenwerthe Männer, schreibt für den Sold der Rückschrittsfreunde, sie sucht zu zerstören, weiß nichts zu schaffen. Der Verlauf des nun brechenden Jahres beweist deutlich, daß das deutsche Volk im Großen und Ganzen zu sehr Freund der geistlichen Ordnung ist, als daß es sich verblenden ließe. Es steht auf der einen Seite das herrlich emporragende Gebäude, auf der andern allerlei Schwarmgeister, welche daselbe zu untergraben suchen, wenn kann es sich anschließen? So verkünden wir getrost und zuversichtlich für das Jahr 1869 den ferneren großartig geistigen Ausbau des norddeutschen Bundes und der deutschen Einigung.

**Malchin, 30. Dezember.** In der heutigen Sitzung des mecklenburgischen Landtags fasten beide Stände in der Nachsteuer-Angelegenheit einen gemeinsamen Beschluß, dahin lautend, daß 50 pCt. von der Aufkunft des mecklenburgischen Antheils verwendet werden sollen, um die durch die Nachsteuer benachtheiligten Waarengattungen konkurrenzfähig zu machen. Das etwa mehr Erforderliche wird aus den Ueberschüssen der Generalassesse genommen werden.

**Malchin, 31. Dezember.** Nach einer vertraulichen Besprechung der Landtagskommissionen mit den landständischen Mitgliedern des Steuercomitès scheint man die Einkommensteuer fallen zu lassen.

**Hamburg, 30. Dezember.** Bei der gestrigen Wahl eines Mitgliedes zur Bürgerschaft hat der Kandidat der Demokratie, Dr. Eberstein, der in vier Bezirken durchgefallen war, endlich gesiegt. Sein Gegner war der Kaufmann Zacharias, welcher, nachdem er an den beiden Hauptwahltagen die antidemokratischen Kandidaten mit Erfolg posirt hatte, nunmehr von seinem Parteigenossen im Stiche gelassen wurde, wie es wohl nicht geht. Wie die Kinder zogen unsere sozi. Demokraten mit bunten Stocklaternen durch die Straßen, an denen mit großen Buchstaben Gemeinplätze, wie „Fortschritt“, „Freiheit und Recht“ u. s. w. prunkten. Hätte der Gewählte so viel Gedanken im Kopf, wie Worte und Phrasen auf der Zunge, der Sieg der Demokratie könnte als Sauerteig nicht schaden. Wer man hat einen Kirchthurmszungenredner gewonnen, einen in der Wolle gefärbten Mottenburger von nationaler Ideenkonfusion. Eine Baßgeige ohne Saiten; nichts als Resonanz. Der neue Volkstribun ist also „Eberstein“, wenn Einer seinen Namen jenseits unserer Schlagbäume behalten will.

**Lübeck, 30. Dezember.** (Post.) „Wieder einmal ein Jahr „Staat“ gewesen.“ Wi unzertrennlich wird dieses Bewußtsein doch für den Lücker von dem wehmüthigen Gefühl, wieder ein neres Defizit vor Augen zu haben, nachdem das alte es nicht bezahlt ist. Selbst unsere getreuen Volkstribunen konnten bei Gelegenheit der eben beendeten Budgetberatung für das Jahr 1869 nicht umhin, diese Gedanken Ausdruck zu geben. Um die Trümmer des hannischen Koloss rinkt nur der Epheu der Erinnerung — kein blühender frischer Sproß, dem d Gegenwart und

Zukunft gehört. Ich kann — beim Jahreschluß — nicht umhin, über das Ressort einer „politischen“ Korrespondenz hinauszuweisen und mich in frühere Jahrhunderte zurückzuversetzen, wo hier ein kerniger, gesunder Menschenhag tagte, freie, edle Männer das Recht begaben, ein freies Wort, eine freie Antwort traf, und Lübeck blühte und — herrschte! Es wäre Anachronismus, die Macht Lübeds zurückgeführt zu wissen auf die Jetztzeit — „Das Alte stirzt, es ändert sich die Zeit“ und — trübes Leben fristet sich unserer Staatsruine. Die Idee: um den Preis der eigenen Selbstständigkeit die lange besungene, gefeierte und „festgegebene“ Einheit gefördert zu sehen, findet hier mit wenigen Ausnahmen nur Feinde. So tief, wie bei den ehemaligen 350 gefürsteten Häuptern des deutschen Reiches die lächerliche Sucht, die „Hegemonie“ zu führen, so tief wurzelt bei unseren „Gottbegnadeten“ die Idee, daß ohne das Bestehen des Lübedischen „Staates“ das „europäische Gleichgewicht“ gestört werden wird. So engherzig ist der Lübedische Kaufmann geworden, daß ihm der Muth zu Unternehmungen fehlt, wie sie Kiel, Stettin und Danzig in so kurzer Zeit zum Aufblühen gebracht werden. Wie „sehr“ man hier Staat ist, mögen Sie daraus ersehen, daß für einen Staat von 50,000 Einwohnern 43 Verwaltungsbeförden bestehen, wobei noch zu bemerken ist, daß die 49 Gemeinden unseres, 10,000 Einwohner haltenden Landgebietes, sich selbst verwalten. Es ist das allerdings ein sehr imposanter Verwaltungsapparat, aber — „du sublimas au ridicule il n'y a qu'un pas“ — der Bürger und Steuerzahler saßt seufzend den leeren Geldbeutel, den von der durch Preußen herbegeführten neuen Aera engherzige Geseßgebung und Josphum so gut zu leeren wußten. Eine Lehre prägt sich uns aus dieser fürchterlichen Leere denn doch mit gewaltiger Macht ein: daß Staatspielen viel, sehr viel Geld kostet. Wenn der letzte Groschen fort, wenn die jetzt aufs Höchste gespannte Steuerkraft der Bürger erlahmt ist, dann wird man Angesichts der hochläugigen „Staatspleite“ sich zu dem Schritt bequemen müssen, den man jetzt so übermüthig von der Hand weist. Einstweilen haben Senat und Volkstribunen die Steuern für das nächste Jahr wieder um 25 pCt. erhöht, um ein Defizit von fast 200,000 Mk. decken zu können. Dabei sind die Ansätze unseres Etats für 1869 so übernatürlich geschrumpft, daß eine Ueberschneidung des angelegten Defizits sich mit Gewißheit voraussetzen läßt. Wozu die annuithigen Zahlen-gruppierungen auf der Einnahmeseite gegenüber den doch nicht fortzuliegenden Ausgaben dienen sollen, ist mir und Vielen mit mir nicht recht ersichtlich, daß aber aus der ganzen Anlage unserer Staatshaushaltsrechnung für 1869, insonderheit aus der Deduktion des entliehenden Defizits, die ganze und volle Weisheit der Lenker unsres Staates, insonderheit dessen Finanzmänner hervorgeht, das ist — nicht zu leugnen — probatum est!

## Ausland.

**Wien, 29. Dezember.** Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht heute eine erste Ausführungsanweisung, welche zur Verwirklichung des Gesetzes vom 20. Juni d. J. über die Unifikation der Staatschuld noch nöthig ist. Der Inhalt dieser Kundmachung des Finanz-Ministers, bereitet auf weitere Ausführungs-Verordnungen vor, da darin selbst die Bezeichnung der Zeit, wann mit der Ausgabe der neuen Papiere im Umtausch gegen die alten Obligationen begonnen werden wird, noch fehlt.

— Der vielbesprochene Artikel des „Pesther Lloyd“ erklärte klar und bündig, Ungarn werde sich weigern, mindestens in den nächsten Jahren, bei einem Kriege mitzuwirken, den Österreich gegen Preußen wegen etwaiger Ueberschreitung der Mainlinie durch letzteres, oder wegen Aufnahme der deutschen Südstaaten in den Nordbund beginnen wolle. Dagegen wurde Preußen eben so rund heraus bedeutet, Ungarn werde mit allem Eifer den Krieg gegen die norddeutsche Macht betreiben, wenn diese fortfahren sollte, die nichtmagyarischen Nationalitäten gegen die Einheit der St. Stephanskrone aufzureizen, wobei deutlich auf das Verhalten der preussischen Agenten in der rumänischen Frage hingewiesen ward. Nun kommt aber in dem Blatte des Pesther Lloyd vom 27. Dezember eine Erklärung der Redaktion, welche eine Lücke ausfüllt: „Wir haben nur von dem Fall gesprochen, daß ein Krieg um die Mainlinie oder wegen derselben von Österreich begonnen werden wollte. Entbrennt ein europäischer Krieg ohne unsere Schuld und ohne daß wir ihn verhindern können, dann müssen wir freilich zur Sache Stellung nehmen, und wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Einigkeit zwischen den Grafen Beust und Andrassy auch dann nicht gestört werden dürfte.“ Die „Presse“ ist sehr befriedigt über diese Erklärung und findet, daß das ungarisch-österreichische Regierungs-Programm jetzt folgendermaßen laute: „Das österreichisch-ungarische Reich wird sich für sich nicht den Krieg erklären, auch wenn die Mainlinie überschritten werden sollte, außer es sei, um fremden Untrieben auf eigenem Boden ein nothwendiges Ziel zu setzen. Oester-

reich wird und soll nicht wieder allein Krieg führen, es sei denn zur Vertheidigung der Integrität des gemeinsamen Reiches oder seiner inneren Ruhe. Dicht dagegen ohne diesseitiges Zuthun ein Krieg zwischen anderen Großmächten aus, „so hat Oesterreich Stellung zur Sache zu nehmen“, und über die Richtung wird sicherlich zwischen den Grafen Beust und Andrassy Einigkeit herrschen.“

**Wien, 31. Dezember.** Die „Abendpost“ tritt in scharfer Weise der Behauptung der „Norddeutschen allgemeinen Zeitung“ entgegen, daß die Erklärungen der preussischen Regierung in Betreff der Usedom'schen Note von dem Reichszkanzler zurückgewiesen seien. Das genannte Blatt fügt hinzu, daß die maßgebenden Kreise in Berlin die Seitens des Grafen Beust an den Vertreter Oesterreichs in Berlin damals ergangenen Eröffnungen in Händen hätten, welche den Behauptungen der „Norddeutschen allgemeinen Zeitung“ widersprächen. Die Verlautbarung der Angelegenheit im „Memorial diplomatique“ sei ohne Veranstaltung und gegen die Absicht der kaiserlichen Regierung erfolgt.

**Wien, 1. Januar.** Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht den mit der Schweiz abgeschlossenen Grenzregulirungsvertrag. Einem Privattelegramm der „Debatte“ zufolge wird Griechenland auf der Konferenz durch seinen Gesandten in Paris, Nicos Rangabe, vertreten sein; der Gesandte der Vereinigten Staaten Nordamerikas hat die Beisung erhalten, Griechenland kräftig zu unterstützen. Lavalette ist zum Präsidenten der Konferenz bestimmt.

— Das telegraphische Korrespondenzbureau veröffentlicht folgende Depesche aus Konstantinopel vom 1. Januar. Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß die Pforte die Konferenz mit den bekannten fünf Punkten des Ultimatus als Grundlage acceptirt.

**Triest, 31. Dezember.** Der Lloyd-Dampfer „Jupiter“ ist mit der ostindischen Ueberlandpost Mittags eingetroffen. Derselbe enthält Mittheilungen aus Athen vom 26. d., nach welchen sich die Regierung in starker Finanznoth befindet und der Finanzminister seine Demission zu geben beabsichtigt. Nach Lomja und Alarnania ist Kavallerie und Artillerie entsandt. Zwei Genie-Offiziere, welche nach Lomja entsandt waren, um Schanzarbeiten an der Grenze vorzunehmen, wurden von einer aus türkischem Gebiet herübergekommenen Räuberbande zu Gefangenen gemacht.

**Paris, 30. Dezember.** Das Jahr schließt unter vollständiger politischer Windstille und glücklicher Fahrt in der diplomatischen Beilegung des Konfliktes in Osten. Die Situation ist friedlicher, als seit geraumer Zeit, und die Baisfiers verlieren Zeit und Mühe. Allerdings ist es leichter, den jetzigen Streit beizulegen, als die Grundfragen zu heben, insofern die Hellenen werden sich eine Lehre daraus ziehen, wenn die Mächte ernstlichen Willen zeigen, die orientalischen Angelegenheiten nach und nach auch in sofern zu occidentalisieren, als sie der Pforte in ihrem Reiche dieselbe Selbstständigkeit gönnen, die sie selbst nach innen und außen ausüben. Die französische Session beginnt am 18. Januar. Die Regierung wagt die Schuld, daß die Einberufung nicht eher erfolgte, auf den Finanz-Minister: das Budget habe vor Mitte Januars nicht aufgestellt werden können, da die Einnahmen von 1868 zur Basis der Budgetveranschlagungen dienen und man vor dem 10. Januar darüber unmöglich Gewißheit haben könne. Wird nun die Session 1869 eine rein geschäftliche werden, wird die Debatte über das Budget und die Anleihe der Stadt Paris so glatt abgehen, daß man am 31. Mai, also in zehn Wochen, schließen kann? Immerhin werden die Verhandlungen, so unmittelbar vor den Wahlen, den Einfluß dieser Konstellation an der Stirn tragen, und wir vermuthen deshalb, daß Rouher sich nicht ungern von Magne bestimmen ließ, so spät zu satten.

— Daß der Anfang einer Feuersbrunst im Palais du Luxembourg zwei Bilder zerstört hat, die in der Wohnung des Senats-Präsidenten hingen, aber dem Staate gehörten, gibt eine sehr von oben herab gehaltene Berichtigung im „Constitutionnel“ gegenüber dem Berichte des „Gaulois“ zu, leugnet jedoch, daß es werthvolle Kunstwerke von holländischen und vlaemischen Meistern waren; der „Constitutionnel“ stellt aber auch in Abrede, daß die Gemälde dem Museum des Louvre angehört hätten, und entschuldigt die ganze Geschichte damit, daß dergleichen schon oft, auch unter den früheren Regierungen, vorgekommen sei. Das „Avenir National“ ist mit diesen Ausreden aber nicht zufrieden und sagt dem „Constitutionnel“ auf den Kopf zu, daß diese artistische Anleihe an die Bilder, die dem Staate gehören, von Seiten des Herrn Troplong nicht schon aus der Zeit der Restauration herrühre, sondern erst vor fünf Jahren erfolgt sei. Genug, so viel erbellt aus diesem einzelnen Falle, daß unter den kaiserlichen Großwürdenträgern sehr kommunistische Ideen über Staatselgenthum herrschen müssen.

**Paris, 31. Dezember.** Die „France“ meldet, daß die Türkei der Konferenz beigetreten ist. Man er-



